

# Deutsche Rundschau

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafts-Wirtschaft

Bezugspreis monatlich 10 Pfennig (halbmonatlich 2 Pfennig), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21. Geschäftsstelle u. Redaktion: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Polizeichefamt: Dresden Nr. 18693. Dresdner Verlagsgesellschaft: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Polizeichefamt: Dresden Nr. 17259 / Drahtanchrift: Arbeiterstimme Dresden / Spezialsachen der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungskaufen um 10 Pfennig erhältlich

KUNDGEBUNG!

2. Januar 1928  
Zirkus Sachsen  
Kunst und Wissen

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 6. Januar 1928

Nummer 5

## Explosionsfatastrophe in Berlin

### Berschärster Hüttenarbeiterkampf

Die Belegschaft der Lauchhammerwerke steht geschlossen / Reformisten sabotieren den Kampf

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Über die Lage im sächsischen Hüttenarbeiterkampf geht uns folgende Meldung aus Riesa-Gröba zu: Im Lauchhammer Ausbildungsbereich ist die Lage unverändert. Trotz der Hemmungen der Werkleitung ist es nicht gelungen, die Arbeiterschaft zu zerplätzen und die Kampffront zu brechen. Der Kampf wird von den Arbeitern selbstständig durch den Bertrauensmännerkörper geführt. Kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeitnehmer haben eine feste Einheitsfront beschlossen. Vom Metallarbeiterverband hat sich seit Beginn des Kampfes kein einziger Gewerkschaftsführer um die kämpfenden Arbeiter bemüht. In geradezu verbrecherischer Weise läßt der DMW die Dinge schleisen. Die Empörung der Arbeiterschaft über diese Haltung der Gewerkschaftsführer ist allgemein. Gestrigen Belegschaftsversammlungen haben zu dieser Frage Stellung genommen.

Der heutige Vorwärts ist schamlos genug, der Meldung, daß die gestrigen Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium gescheitert sind, hinzuzufügen, daß die Entscheidung jetzt beim Reichsarbeitsminister liegt. (!!)

Die Arbeiter stehen geschlossen und zu weiterem Kampf bereit. Hüttenbesitzer, Regierung und reformistische Gewerkschaftsführer stehen zusammen, den Kampf der Arbeiter zu erdrücken und die 12-Stunden-Schicht beizubehalten. Der DMW unternimmt nichts, um die Kampfkraft der Arbeiter zu stärken.

Visher geschah nichts, um die Arbeiter in Freital und Pirna in den Kampf einzubeziehen. Im Rheinland halten die Hüttenbesitzer zum Schlag gegen die Arbeiter aus, trotzdem der seit verbindlich erklärte Schiedspruch vorlag. Kein Arbeiter der rheinischen Hüttenindustrie hat den 8-Stundentag erreicht. Dort, wo nach dem Schiedspruch der 8-Stundentag eingeführt werden soll, nutzen die Unternehmer die Bestimmung über die Hinausschiebung des Beginns der achtstündigen Arbeitszeit, um auch hier die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern.

Die Gewerkschaftsbürokratie in Verbindung mit der SPD hat den Achtstundentag preisgegeben. So wie im Rheinland will auch hier die SPD den Achtstundentag preisgeben. Die Ausgabe des Achtstundentages ist ein Teil des Prozesses, den die SPD bringt, um in die Regierungskoalition mit der Schwerindustrie aufgenommen zu werden. Nirgends, wo immer im ganzen Reich der Kampf um den Achtstundentag stand, hat die SPD diesen Kampf aufgenommen. Überall haben die Gewerkschaftsführer den Kampf verhindert.

Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß sie mit der mit dem bürgerlichen Staat verbündeten SPD nicht in der Lage ist, etwas zur Besserung ihrer Lebenslage zu tun. Einen Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen wird die SPD nie führen.

Die Arbeiter müssen ihren Kampf trotz der Schiedsprüche und ihrer Verbündtheitsverklärung aufnehmen. In Sachsen darf die Arbeiterschaft nicht nachgeben. Es gilt vielmehr, den Kampf auszubringen und mit aller Kraft zu führen.

Besonders bezeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten ist, daß die Dresdner Volkszeitung zu dem Kampf der Hüttenarbeiter in Sachsen bis jetzt noch kein Wort gebracht hat. Dieses „linke“ Organ, in dem Edel sich alle paar Tage gegen die Kommunisten ausschlägt, das eine Menge Platz für die blödsinnigste und stupideste Kommunisten- und Rüglandhege übrig hat, hat nicht eine Zeile Raum für den Kampf der Arbeiter in Gröba und Riesa. Durch das Verschweigen des Kampfes zeigt die Volkszeitung, daß sie voll und ganz die USPD-Methoden der Gewerkschaftsbürokratie deckt. Die Volkszeitung weiß, wenn sie zu dem Kampf Stellung nimmt, dann gerät sie mit ihrer verlogenen Methode des Arbeitgebertrugs in Widerspruch. Die Volkszeitung will aber keine Unterstützung des Kampfes, noch viel weniger jedoch eine Ausdehnung desselben. Sächsische Hüttenarbeiter rütteln an ihren Ketten, nehmen den Kampf auf gegen die Hüttenherren, kämpfen um den Achtstundentag. Die Volkszeitung aber schwiegt, die Gewerkschaftsführer lassen die Arbeiter allein. Jeder Arbeiter vermag daraus zu erkennen, was er von den „linken“ Maulhelden und Phrasendreßern zu halten hat. Die Volkszeitung sieht voll und ganz auf der Seite der Herrräder, sie will, daß sich die Arbeiter ablämmen; um dann eine wütige Hege gegen die revolutionären Arbeiter zu beginnen.

Die „linken“ zeigen notgedrungen ihr wahres Gesicht. Sabotage des Kampfes der Arbeiter, etwas anderes ist das Schweigen der Volkszeitung nicht, ist gleich dem offenen Verrat. Dem elementaren Kampfwillen der Arbeiter wagen weder die Gewerkschaftsbürokraten noch die Gewerkschaftsführer etwas entgegen.

wegen verüben sie erbärmliche Sabotage. Die Arbeiter sollen das sehr wohl beachten, die Volkszeitung untersieht nicht ihren Kampf um Lohn und Arbeitszeit. Diese Zeitung wagt es aber, sich Organ der Werkstattigen zu nennen. Jeder Arbeiter muß daraus die Konsequenzen ziehen.

### Die Klassenjustiz für den 12-Stundentag

Borckum, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.)  
Die Bochumer Gewerkschaften hatten gegen den Bochumer Verein und die Deutschen Stahlwerke eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach die genannten Werke gehalten sein sollen, möglichst für alle Arbeiter nach dem Schiedspruch der nordwestlichen Eisenindustrie für gewisse Arten von Walzwerken die Arbeitszeit im Sinne der Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen. Der von den Werken gegen die einstweilige Verfügung eingelegte Widerprotest gelangte gestern im Arbeitsgericht Bochum zur Verhandlung. Das Gericht erklärte die Aushebung der einstweiligen Verfügung, die somit gegenstandslos geworden ist. Es bleibt bei dem 12-Stundentag.

### Der Filmstandal des Reichswehrministers

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.)  
Das Berliner Tageblatt bringt in einer Meldung über die Verabschiedung des Phöbus durch das Reichswehrministerium folgendes: „Wie wir von gut informierter Seite erfahren, sind die beiden hauptsächlichsten Reklamanten auf die noch vorhandenen Werke des Phöbus, um deren Liquidation die Reichsfreditgesellschaft im Staatsinteresse bemüht ist, die Emilia einerseits und andererseits die IG-Harbenindustrie, auf deren Seite die Terra-Film-AG. mit dem Verlag Ullstein und auch die Ufa interessiert zu sein scheinen. Von der Emilia, die das bestreite Angebot gemacht hat, sollen mit Bezug auf die Wahrung des deutschen Charakters sowohl bei der Emilia als auch bei der Phöbus weitgehende Garantien geboten sein gegenüber der Reichsregierung und auch dem bayrischen Arbeitsministerium.“

## Ammoniak in Wohnhäusern

Spiel mit Menschenleben — Ein ganzes Haus in die Luft geslogen — Bisher 17 Tote festgestellt

Gestern nacht gegen 00.30 Uhr hat sich in dem Hause Landsberger Allee 115/116 eine furchtbare Katastrophe ereignet. Das Unglück ist so furchtbar, daß es sich in seinen Einzelheiten, über die Berliner Abendblätter ganze Seiten berichten, kaum wiederholen läßt. Das Wohnhaus, das durch eine ungeheure Ammoniakexplosion zerstört wurde, ist vom Keller bis zum Dach in Stücke gerissen und bietet einen urtümlichen Anblick. Der nach Norden zu liegende Teil des Hauses wurde in einer Breite von 10 Meter durch die Explosion durch 7 Etagen hindurch, vom Keller bis zum Dachgeschoss, völlig in Trümmer gelegt. Viele in diesem Teile des Hauses schlafende Bewohner sind tot, sie liegen zum Teil noch unter den Schuttmassen begraben. Dem anderen Teil der Bewohner glückte es, das nackte Leben zu retten. Viele der schlafenden Hausbewohner wurden durch Glassplitter, Möbel und Steine verletzt.

Insgesamt sind bisher 17 Tote festgestellt. Fünf Erwachsene und ein Kind sind noch nicht rekonvaleszent. Dazu wurde noch ein abgerissenes Auge gefunden, zu dem der Körper noch fehlt. Die Zahl der Verletzten konnte endgültig noch nicht festgestellt werden.

Die Explosion, die offenbar von den Kellerräumen ausgegangen ist, riß die freistehende Seite des Hauses vollkommen nieder; in jeder Etage ist je ein großes Baderzimmer, eine Küche und eine Toilette in die Luft geslogen, so daß man nur noch die den Fenstern gegenüberliegenden Hinterwände der Zimmer sieht.

Trotz der übermenschlichen Auskrengungen der Feuerwehr und 4 Bereitschaften der Berliner Polizei war es bis gestern abend fast noch nicht möglich, alle Betthütten zu bergen.

Bei Eintritt der Dunkelheit wurden gestern abend elektrische Scheinwerfer aufgestellt, um die Bergungsarbeiten fortzusetzen. Nachmittags ereignete sich im Keller des eingestürzten Hauses ein Kurzschluß. Eine große Stichflamme schlug aus den Trümmern hervor. Die Feuerwehr und die Polizei mußten aufs neue aus dem gefährdeten Hause zurückgezogen werden, da weitere Einsturzgefahr bestand.

### Die Schuld der Baupolizei

Die Ursachen des Unglücks

Die Ursachen, die zu der folgenschweren Explosion geführt haben, können einschließlich in einer Kommunikation. Die 17

### Der Bürgerblock steht geschlossen

Keine vorzeitige Auflösung des Reichstages

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Korrespondenz des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet: „In der Diskussion über die Frage, ob die Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag früher als bestimmt gemäß durchgeführt werden, wird aus parlamentarischen Kreisen bekannt, daß allein die Sozialdemokraten und die Kommunisten für vorzeitige Auflösung eintreten, während sämtliche bürgerliche Parteien im Reich sowohl als in Preußen gewillt sind, die Parlamente eines natürlichen Todes sterben zu lassen. Das würde bedeuten, daß Ende Oktober oder Anfang November zum Reichstag und im Dezember zum Preußischen Landtag gewählt werden muß.“

Wir haben schon mitgeteilt, daß die bürgerlichen Parteien geheime Abmachungen getroffen haben, den Reichstag nicht vorher aufzulösen, sondern die Beendigung der Legislaturperiode heranzutreiben zu lassen. Diese Mitteilung wird jetzt durch die offizielle Nachrichtenagentur des Bürgertums bestätigt. Dadurch wird deutlicher noch als bisher das Betrugsmittel der SPD enthalten, die den Arbeitern immer wieder vortäuscht, daß der Reichstag bald ausgelöst werde.

Dieses Manöver der SPD verfolgt nur den Zweck, die Arbeiter von einem ernsten Kampf gegen den Bürgerblock-Reichstag abzuhalten. Die SPD geht selbst heute noch nicht dazu über, den Arbeitern zu sagen, was ist. Der Vorwärts sieht vielmehr das Spiel fort und schreibt wieder, daß der Zentrumsführer Gudernd auf dem Parteitag des Zentrums jetzt erst wieder erklärt habe, daß das Zentrum von seinen Forderungen zum Schutzgesetz nicht zurücktrete und daß darüber der Reichstag und die Koalition in die Brüche gehen könnte.

Nach der obigen Meldung zeigt sich, daß die Arbeiter von der SPD-Führung genötigt werden. Mit aller Stärke müssen die Arbeiter gerade deswegen die Auflösung des Reichstages verlangen.

Spiel mit Menschenleben — Ein ganzes Haus in die Luft geslogen — Bisher 17 Tote festgestellt

mutungen, daß eine Leuchtgas- oder Benzinexplosion die Katastrophe verursacht haben könnte, wird von Sachverständigen als durchaus abwegig erklärt. Der Chemiker der Berliner Gaswerke, der am gestrigen Vormittag an der Trümmerstätte weilte, erklärt, daß ihm von einer ganzen Anzahl der getöteten Hausbewohner bestätigt wird, daß in der letzten Zeit das Treppenhaus steis von einem penetranten Ammoniakgeruch erfüllt gewesen sei, so daß die Bewohner das Treppenhaus oft nur mit vorgehaltener Taschenlampe passieren konnten. Das ganze Gelände, auf dem sich das Haus erhob, war unterkellert. In den Kellerräumen war die Kühlstation einer Einkaufsgenossenschaft installiert, die mit Ammoniak betrieben wurde. Dort dürfte der Herd der Explosion zu suchen sein.

Von den Hausbewohnern wird erklärt, daß sie sich innerhalb des letzten halben Jahres nicht weniger als fünfmal an die Berliner Baupolizei gewandt haben und dort die Besetzung der Nebelräume forderten. Ein Schwerverletzter Mieter hat bei der Baupolizei persönlich erklärt, daß es zu einer Katastrophe kommen müsse, wenn nicht sofort eingegriffen werde. Die Baupolizei aber hat es nicht für notwendig befunden, einzugehen und den Beschwerden der Mieter Rechnung zu tragen. Der unerträgliche Zustand blieb bestehen, bis 17 Tote und eine große Anzahl Schwerverletzter dem unverantwortlichen Verhalten der Berliner Baupolizei zum Opfer fielen.

Die von uns oben gegebene Mitteilung der Sachverständigen, daß die Katastrophe nicht auf eine Gasexplosion zurückzuführen wäre, ist natürlich nicht so einfach hinzunehmen. Es bleibt sehr wohl möglich, daß eine erfolgte Gasexplosion die erste Ursache des Unglücks ist. Vor nicht allzu langer Zeit beschäftigte ja erstmals nachweislich durch Gas entstandene Explosion in Berlin die Öffentlichkeit. Damals wurden von den Sachverständigen lange Artikel geschrieben, daß das Gefahren der Straßen mit schweren Automobilen solche starke Erschütterungen verursache, daß die Gasleitungen sich lösen. Damals schrieben die Sachverständigen lange Artikel über die Notwendigkeit, den Straßenbau zu ändern. Bis dahin ist aber noch ein weiterer Weg. Es hätten nach den Erfahrungen des Unglücks mindestens alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die eine Gasexplosion nicht mehr so leicht möglich machen. Wenn die jetzt nicht zu beseitigenden Erschütterungen der Straßen die Dichtigkeit der Gaszuleitungen gefährden, dann ist eine mehrfache und intensive Kontrolle notwendig. Die Stadt Berlin hat aber Maßnahmen durchgeführt, die gerade das Gegenteil herbeiführen.